

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 28.04.2015, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 16.04.2015

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.03.2015**
- TOP 4 Einwohnerfragestunde**
- TOP 5 3. Änderung Bebauungsplan 15 A - Gewerbe-/ Industriegebiet Liethe
Vorlage: 2015/048**
- TOP 6 Aufstellung Bebauungsplan 15 B - Verkehrsfläche Wilhelmshavener Straße
Vorlage: 2015/049**
- TOP 7 4. Änderung Bebauungsplan 61 - örtliche Bauvorschriften Raiffeisenstraße
Vorlage: 2015/050**
- TOP 8 8. Änderung des Bebauungsplans 6 D - Sägerei Brötje/Mühlenstraße
Vorlage: 2015/041**
- TOP 9 Aufstellung Bebauungsplan 105 - Südlich Schloßpark III
Vorlage: 2015/053**
- TOP 10 Deckenprogramm 2015
Vorlage: 2015/043**

Einladung

**TOP 11 Ehemaliges Kioskgebäude und Brunnenanlage am Marktplatz
Vorlage: 2015/022**

**TOP 12 Recyclinghof - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 2015/044**

TOP 13 Einwohnerfragestunde

TOP 14 Schließung der Sitzung

**Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2015/048**freigegeben am **16.04.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 14.04.2015**3. Änderung Bebauungsplan 15 A - Gewerbe-/ Industriegebiet Liethe****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 28.04.2015 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 3. Änderung des Bebauungsplans 15 A – Gewerbe-/Industriegebiet Liethe mit Begründung und Umweltbericht sowie örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der 3. Änderung des Bebauungsplans 15 A werden Schallemissionskontingente in den Bebauungsplan übernommen und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Anlegung der neuen Erschließungsstraße „Gut Rehorn“ innerhalb des Gewerbe-/ Industriegebietes geschaffen. Zudem werden die zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimente der Rasteder Liste, betriebsbezogene Wohnnutzungen und Vergnügungsstätten vollständig ausgeschlossen und örtliche Bauvorschriften zur Steuerung von Werbeanlagen definiert.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind keine Stellungnahmen durch Bürger eingegangen. Lediglich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung waren seinerzeit zwei Stellungnahmen eingegangen. Die Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sind nachrichtlich in dem nunmehr zu beratenden Abwägungsvorschlag nochmals dargestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sind keine wesentlichen Stellungnahmen eingegangen, sodass nunmehr der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung mit Umweltbericht
3. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/049

freigegeben am **15.04.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 14.04.2015

Aufstellung Bebauungsplan 15 B - Verkehrsfläche Wilhelmshavener Straße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 28.04.2015 berücksichtigt.
2. Dem Entwurf des Bebauungsplans 15 B einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans 15 B sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Umbau des Knotenpunktes Gut Rehorn / Wilhelmshavener Straße / Wemkenstraße geschaffen werden.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurde insbesondere auf im öffentlichen Verkehrsraum befindliche Leitungen hingewiesen und Anmerkungen zum geplanten Ausbau des Knotenpunktes gegeben. Aufgrund der Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird die Kompensation für die Eingriffe in die Natur, welche durch den Ausbau des Knotenpunktes notwendig sind, durch entsprechende Maßnahmen auf Ersatzflächen erfolgen. Von Seiten der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen eingereicht.

Bevor der Satzungsbeschluss gefasst werden kann, sind die öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange für die Dauer eines Monats durchzuführen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung mit Umweltbericht
3. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/050

freigegeben am **14.04.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Tabea Triebe

Datum: 01.04.2015

4. Änderung Bebauungsplan 61 - örtliche Bauvorschriften Raiffeisenstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes 61 wird zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Sach- und Rechtslage:

Seit Aufstellung des Bebauungsplanes Raiffeisenstraße im Teilbereich zwischen der Oldenburger Straße und der Bahn aus dem Jahr 1990 haben sich Ansprüche an die Realisierung von Bauvorhaben und insbesondere Baustile deutlich verändert. Gleichzeitig konnte festgestellt werden, dass sich der Bestand in den vergangenen 25 Jahren nicht erheblich verändert hat. Folglich konnten die seinerzeitigen Zielsetzungen des Bebauungsplanes in gestalterischer Hinsicht umgesetzt werden.

Die bisher geltenden Vorschriften zur Gebäudegestaltung schreiben einzuhaltende Traufhöhen fest, eine maximale Firsthöhe ist nicht festgesetzt. Die Dachneigung wurde dabei zwischen 33° und 55° festgelegt, weshalb sich lediglich das klassische Satteldach realisieren lässt.

Mit der 4. Änderung des Bebauungsplans 61 soll den zwischenzeitlichen Veränderungen Rechnung getragen werden und insbesondere auch andere Bauformen, z. B. Staffelgeschosse, ermöglicht werden. Die sonstigen Festsetzungen des Bebauungsplanes insbesondere bezüglich der Nutzungsart und der Ausnutzbarkeit von Grundstücken bleiben unverändert bestehen.

Daneben sollen auch die Regelungen zur Außenwerbung, wie sie bereits für die Oldenburger Straße im Hauptort zwischen Am Vorwerk und Auf der Raade, Bahnhofstraße und für die Wilhelmshavener Straße in Hahn-Lehmden zwischen Wiefelsteder Straße und Meenheitsweg (vgl. Vorlage 2014/123) beschlossen wurden, festgesetzt werden, um neben der bereits ausgeschlossenen Fremdwerbung auch besonders störende Formen der Werbung (zum Beispiel Reflexion oder Neonfarben) zu verhindern.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Entwurf mit Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/041

freigegeben am **13.04.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 26.03.2015

8. Änderung des Bebauungsplans 6 D - Sägerei Brötje/Mühlenstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf der 8. Änderung des Bebauungsplans 6 D wird zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Sach- und Rechtslage:

Der Gemeinde Rastede liegt ein Antrag auf Änderung des Bebauungsplans für das Grundstück der Sägerei Brötje, Mühlenstraße, vor. Der Investor plant, auf dem Grundstück vier Mehrfamilienhäuser zu errichten. Da der rechtskräftige Bebauungsplan 6 D diesen Bereich als Mischgebiet ausweist, ist für die Realisierung des o. g. Vorhabens ein Allgemeines Wohngebiet auszuweisen.

Die Verwaltung empfiehlt den Bebauungsplan zu ändern, da dadurch in zentraler Ortslage erreicht wird, weitere Wohnbebauung zu ermöglichen. Dies entspricht der geforderten Innverdichtung und stellt in unmittelbarer Nähe zum Schlosspark sicher, dass eine adäquate Nutzung der Fläche ermöglicht wird.

Aufgrund der Nähe zum Schlosspark und der Lage an dessen Hauptzufahrtsstraße sollen Festsetzungen zur Gestaltung der baulichen Anlagen und des Grundstücks erlassen werden. Bei Festsetzung der zweigeschossigen Bauweise sind Gebäude bis zu einer Höhe von 13 Metern zulässig (inkl. Staffelgeschoss). Die Dachneigung muss mindestens 15° betragen.

Um ein vermehrtes Parken auf öffentlichen Flächen zu verhindern, wird festgelegt, dass je Wohneinheit zwei Stellplätze zu schaffen sind. Die Hälfte der Stellplätze ist in einer Tiefgarage unterzubringen. Dadurch werden großflächige Stellplatzanlagen auf dem Grundstück vermieden. Die oberirdischen Stellplätze müssen zudem mindestens fünf Meter von der Straße entfernt realisiert werden und entlang der Mühlenstraße ist eine Hecke anzupflanzen. Durch diese Festsetzungen wird eine optisch ansprechende Gestaltung des Grundstücks erreicht.

Aufgrund des Ergebnisses einer Altlastenuntersuchung ist davon auszugehen, dass der vorhandene Boden belastet ist. Daher sind sämtliche Abriss- und Tiefbauarbeiten gutachterlich zu begleiten und belasteter Boden ist ordnungsgemäß zu entsorgen.

Hinsichtlich der schalltechnischen Belange wurde eine Schallimmissionsprognose erstellt, die die Bereiche Verkehrslärm (Mühlenstraße), Gewerbelärm (benachbarter Steinmetzbetrieb) und Veranstaltungslärm (Turnierplatz) untersucht. Im Ergebnis ist festgestellt worden, dass keine unzulässigen Lärmbelastungen durch den Steinmetzbetrieb und die Veranstaltungen auf das Grundstück einwirken. Hinsichtlich des Verkehrslärms ist im vorderen Bereich des Grundstücks die Festsetzung von passiven Schallschutzmaßnahmen vorgesehen.

Das Plangebiet erfüllt die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung), sodass die frühzeitige Beteiligung entfallen kann und lediglich der Verfahrensschritt der Auslegung durchzuführen ist. Der Flächennutzungsplan wird im Rahmen einer Berichtigung an die geänderte Ausweisung im Bebauungsplan angepasst.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für die Änderung des Bebauungsplans werden vom Investor getragen.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/053

freigegeben am **16.04.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

Datum: 16.04.2015

Aufstellung Bebauungsplan 105 - Südlich Schloßpark III

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 28.04.2015 berücksichtigt.
2. Dem Entwurf des Bebauungsplans 105 mit örtlichen Bauvorschriften einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans 105 soll der anhaltend hohen Nachfrage nach Baugrundstücken begegnet werden, indem nördlich des Loyer Weges zwischen Buchen- und Emsoldstraße ein Baugebiet mit ca. 45 Grundstücken ermöglicht wird (vgl. Vorlage 2015/010).

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sind Stellungnahmen von Bürgern aus dem näheren Umfeld des Plangebietes eingegangen, die sich mit der äußeren Erschließung des Baugebietes befassen. Zudem wurde auf die Belange des benachbarten Reiterhofs hingewiesen. Von den Trägern der öffentlichen Belange wurden keine wesentlichen Stellungnahmen eingereicht, sondern überwiegend lediglich Hinweise gegeben. Die Abwägungsvorschläge sind der Anlage 4 zu entnehmen.

Bevor der Satzungsbeschluss gefasst werden kann, sind die öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange für die Dauer eines Monats durchzuführen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht
4. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/043

freigegeben am **15.04.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Thoben, Dennis

Datum: 01.04.2015

Deckenprogramm 2015 und 2016

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Das Deckenprogramm für 2015 wird beschlossen. Die Vorschläge für 2016 werden zur Kenntnis genommen. Eine separate Beschlussfassung hierzu erfolgt zu gegebener Zeit.

Sach- und Rechtslage:

Ausgehend von den Beratungen und Beschlüssen zum Straßenkataster für das Gemeindegebiet (Vorlage 2013/137) ist eine Bewertung der Straßenzustände vorgenommen worden. In der Anlage 1 sind die mit der höchsten Punktzahl (Endbewertung) versehenen Straßen aufgeführt, wobei entsprechend der gewählten „Benotung“ gilt: Je höher die Punktzahl umso dringender der Bedarf.

Beim Deckenprogramm sind unter Berücksichtigung der oben genannten Kriterien die Straßen hinsichtlich ihrer technischen Notwendigkeit aufgelistet worden. Bei der Auswahl für das Deckenprogramm 2015 wurde auch berücksichtigt, dass insbesondere bei Innerortsstraßen auch nach Betrachtung des Zustandes des Schmutz- und Regenwasserkanalnetzes gegebenenfalls Ausbaumaßnahmen erforderlich werden. Eine eventuelle Instandsetzung und/oder Verbesserung der Bermen wurde bei jeder Straße eingeschätzt und berücksichtigt.

Für Straßen, für die aufgrund ihres Zustandes keine Sanierungsempfehlung gegeben werden kann (insbesondere Moorstraßen), ist der Hinweis auf einen notwendigen Ausbau vermerkt. Dieses Ausbauprogramm ist nicht Gegenstand der vorgelegten Beratungsvorlage, sondern wird zu einem anderen Zeitpunkt vorgestellt. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass hier eine erfolgreiche und nachhaltige Sanierung einen Umfang annehmen würde, der im Rahmen eines Deckenprogramms nicht zu realisieren wäre.

Die für 2015 im Deckenprogramm vorgesehenen Maßnahmen sind ebenso wie die voraussichtlichen Sanierungsmaßnahmen für 2016 in der Anlage 1 aufgeführt.

In der Anlage 2 ist ein Lageplan enthalten, welcher die jeweiligen Straßen bzw. Straßenabschnitte für das Deckenprogramm 2015 und 2016 aufzeigt.

Für 2015 und 2016 wurden jeweils 500.000 Euro für dieses Programm vorgesehen, wobei für 2015 die Mehraufwendungen in Höhe von 200.000 Euro gegenüber dem Haushaltsansatz aus Mehreinnahmen aufgrund der beschlossenen Erhöhung der Realsteuerhebesätze resultieren.

Zu den einzelnen Straßen wird in der Sitzung entsprechend vorgetragen; dies gilt insbesondere für die Wellenstraße, die 2014 noch vorgeschlagen worden war.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Auf die Ausführungen in der Sach- und Rechtslage wird insoweit verwiesen.

Anlagen:

- Anlage 1 - Maßnahmen im Deckenprogramm 2015 und 2016
- Anlage 2 - Lageplan der jeweiligen Straßen bzw. Straßenabschnitte vom Deckenprogramm 2015 und 2016

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/022

freigegeben am **24.02.2015**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Ammermann, Hans-Hermann

Datum: 19.02.2015

Ehemaliges Kioskgebäude und Brunnenanlage am Marktplatz

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Brunnenanlage sowie das ehemalige Kioskgebäude am Marktplatz werden abgebrochen. Die Fläche wird nach dem dortigen Muster gepflastert.

Sach- und Rechtslage:

Mit den Sitzungsvorlagen 2009/075 und 2010/187 wurden bereits die Daten im Zusammenhang mit der Unterhaltung und dem Betrieb der Brunnenanlage auf dem Marktplatz dargestellt. Zum damaligen Zeitpunkt wurde eine abschließende Entscheidung nicht gefällt, da über die zukünftige Gestaltung und Nutzung des Marktplatzes noch keine Entscheidung gefallen war. Dieses ist bis zum heutigen Tage auch nicht der Fall und wird voraussichtlich auch noch einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.

Die Brunnenanlage selbst erfordert auch ohne Betrieb der Wasserspiele nach wie vor Unterhaltungskosten. Hinzu kommt, dass die Brunnenanlage durch ihren Zustand keine Bereicherung für den Marktplatz darstellt, sondern bei Veranstaltungen durchaus eine Fläche sein könnte, die für diese genutzt werden könnte. Dieses gilt auch für den früheren Bereich des Kioskes, der derzeit zur Unterbringung der Residenzort GmbH genutzt wird. So richtig die Entscheidung seinerzeit gewesen ist, dieses Gebäude in zentraler Lage nicht leer stehen zu lassen, so unzureichend ist es allerdings auch für die Unterbringung des Unternehmens. Die Fläche für Unterbringung des Personales ist ungenügend, die sanitären Anlagen entsprechen keinesfalls den Anforderungen.

Bis zu einer endgültigen Entscheidung über die weitere Gestaltung beziehungsweise Umgestaltung des Marktplatzes wird deshalb vorgeschlagen, die Brunnenanlage sowie das alte Kioskgebäude abzubauen und diese Fläche dann zunächst zu pflastern.

Die Maßnahme sollte zu Beginn des Haushaltsjahres 2016 erfolgen, da der Zeitraum auch genutzt werden soll, um Unterbringungsmöglichkeiten für die Residenzort GmbH zu finden.

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine.

Die Kosten werden für den Haushaltsplanentwurf 2016 ermittelt.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2015/044

freigegeben am **14.04.2015**

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sabine Meyer

Datum: 07.04.2015

Recyclinghof - Antrag der SPD-Fraktion

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Ohne.

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion hat den als Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügten Antrag zur Beratung und Beschlussfassung eingereicht.

Vorab ist darauf hinzuweisen, dass der Recyclinghof in Rastede ebenso wie die Recyclinghöfe in Apen, Edewecht, Wiefelstede und Bad Zwischenahn Einrichtungen des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Ammerland sind und somit nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen.

Im Antrag wird inhaltlich Bezug auf die Öffnungszeiten des Recyclinghofes genommen.

Der Recyclinghof am Roggenmoorweg ist ganzjährig freitags von 14:00 bis 18:00 Uhr und samstags von 08:00 bis 12:00 Uhr geöffnet. Während dieser Zeiten können sog. Grünabfälle wie Ast- und Strauchwerk, Hecken- und Rasenschnitt, Laub und sonstige pflanzliche kompostierfähige Abfälle (z.B. Stauden und Gemüsepflanzen) abgegeben werden. Zudem werden Wertstoffe wie Altmetalle (kein Elektroschrott), Altpapier und Kartonagen, Datenträger (CD/DVD) und Naturkorken angenommen.

Insbesondere im Frühjahr mit dem Strauchwerk und im Herbst mit der Abgabe von Laubabfällen ist eine erhöhte Frequentierung des Recyclinghofes festzustellen. Bedingt durch das Auslaufen der Brennverordnung zum 31.03.2014 (Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen durch Verbrennen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen) und der Einführung der neuen Pflanzenabfallverordnung vom 14.01.2015 werden vermehrt Grünabfälle angeliefert.

Warteschlangen gibt es nach Aussage der dortigen Mitarbeiter ausschließlich zu Beginn der Dienstleistungszeiten (freitags 14:00 Uhr und samstags 08:00 Uhr), die sich meist durch kurzfristige vorzeitige Öffnungen der Tore kompensieren. Ansonsten erfolgt die Abgabe der Grünabfälle und Wertstoffe problemlos. Rangierprobleme mit Anhängern stellen eine Ausnahme dar. Durch kürzere Abfuhrintervalle sind ausreichend Lagerplatz und Rangierfläche vorhanden.

Nachfragen nach weiteren Öffnungszeiten an anderen Wochentagen oder erweiterten Öffnungszeiten an den Wochenenden wurden weder gegenüber den Mitarbeitern des Recyclinghofes noch der Verwaltung geäußert.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Antrag der SPD-Fraktion